

Börsenumsatzsteuer:

"Angriff auf die eigene Klientel"

Exklusiv Die FDP-Pläne zur Besteuerung von Geldgeschäften würden vor allem Kleinsparer belasten. Im FTD-Gespräch kritisiert Finanzexperte Stephan Schulmeister das Konzept der Liberalen zur Börsenumsatzsteuer. von *Mathias Ohanian* und *Martin Kaelble* Berlin

Der renommierte Finanzmarktexperte Stephan Schulmeister hat die jüngsten Vorstöße bei der Besteuerung von Geldgeschäften in Europa scharf kritisiert. "Die jetzt ins Spiel gebrachte Börsenumsatzsteuer belastet vor allem Kleinsparer und löst nicht das grundlegende Problem, dass Spekulationsgeschäfte an den Finanzmärkten die reale Wirtschaft gefährden", sagte der Wiener Forscher im Gespräch mit der FTD. Er plädiert dafür, dass Deutschland und Frankreich hingegen eine Steuer auf Transaktionen einführen sollten - selbst wenn Großbritannien nicht mitmacht. Dann, so glaubt Schulmeister, könnte am Ende vielleicht auch London nachziehen.

Der Ökonom gehört in Europa zu den anerkanntesten Fachleuten auf dem Gebiet. Am Wiener Institut Wifo forscht er seit vielen Jahren zu dem Thema und hat selbst umfassende Vorschläge zur Besteuerung des Finanzsektors unterbreitet.



Keine Angst vor London: Der Wiener Ökonom Stephan Schulmeister unterstützt das EU-Konzept für eine Finanztransaktionsteuer, das eine Besteuerung nach dem Sitzlandprinzip vorsieht

Hatte es zu Jahresbeginn noch so ausgesehen, als wollten Frankreich und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) - auch ohne London - eine Transaktionssteuer für Finanzgeschäfte einführen, bröckelt diese Front nun. Erst stellte FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle Anfang der Woche ein Konzept vor, das die Umsätze aus dem Wertpapierhandel nach Vorbild der britischen Börsenumsatzsteuer einheitlich besteuern will. Dann rückte auch Frankreich vom Vorschlag der EU-Kommission für eine Transaktionssteuer ab, die zudem für alle Derivate und Währungen gelten würde und je nach Risiko einen anderen Steuersatz vorsieht. Stattdessen will sich Paris nun ebenfalls erst am britischen Konzept orientieren.

Nach Auffassung von Wifo-Ökonom Schulmeister würde eine solche Börsenumsatzsteuer den eigentlichen Kern des Problems allerdings nicht angehen. "Insbesondere Kleinsparer, die für ihr Alter vorsorgen, würden dadurch belastet. Der in der Finanzwirtschaft gängige computergestützte Hochfrequenzhandel bleibt davon jedoch unberührt", sagte der Experte. Diese Geschäfte, bei dem Milliardenbeträge in Millisekunden verschoben werden, seien jedoch besonders gefährlich für die Stabilität des Finanzsystems. Schulmeister erinnerte an den

Wall-Street-Crash im Mai 2010, als der [Dow Jones](#) binnen weniger Sekunden um neun Prozent einbrach. "Eine Finanztransaktionsteuer würde solche Geschäfte unattraktiv machen", sagte Schulmeister.

Um den Hochfrequenzhandel einzudämmen, reiche dann auch der in Europa diskutierte minimale Transaktionssteuersatz von 0,01 Prozent aus, glaubt Schulmeister. Im Gegensatz dazu, argumentiert er, würde eine Umsatzsteuer von 0,5 Prozent nach britischem Vorbild vor allem jene Anleger treffen, die für ihr Alter vorsorgten. "Die Umsatzsteuer ist eine Katastrophe - und ein direkter Angriff der FDP auf ihre eigene Klientel", sagte Schulmeister.

"Gefahren werden nicht gebannt"

Dem Österreicher zufolge ist die Umsatzsteuer besonders gefährlich, wenn sich nach ihrer Einführung in Deutschland die Vorstellung durchsetzen würde, man habe damit den Finanzsektor sicherer gemacht. "Das Risiko ist groß, dass man den Komplex Finanzmarktregulierung abhakt und sich dann wieder anderen Themenbereichen zuwendet - obwohl die von den manisch schwankenden Finanzmärkten ausgehenden Gefahren dadurch nicht gebannt wurden", sagte Schulmeister.

Um die wirtschaftliche Stabilität wiederherzustellen, sei entscheidend, unternehmerisches Engagement gegenüber den Finanzmärkten wieder zu stärken. Vor Beginn der Deregulierung des Finanzsektors Anfang der 80er-Jahre habe sich das Gewinnstreben auf die Realwirtschaft beschränkt. Zuletzt hätten Investoren an den Finanzmärkten hingegen stets höhere Renditen erwartet als in der Realwirtschaft - daher sei dorthin besonders viel Geld geflossen. Alle Finanztitel müssten jedoch realwirtschaftlich gedeckt sein - das sei heute aber nicht der Fall. "Geld kann selbst nicht arbeiten", sagte Schulmeister. Unternehmensvertreter in Deutschland sollten prüfen, ob sie von unregulierten Finanzmärkten überhaupt profitierten.

Die von FDP-Fraktionschef Brüderle und anderen Kritikern der Transaktionssteuer angeführte Befürchtung, Frankfurt und Paris könnten als Finanzplätze zugunsten von London an Attraktivität verlieren, wies Schulmeister als falsch zurück. "Der Vorschlag der EU-Kommission ist auch deshalb so gut, weil er die Besteuerung nach dem Wohnortprinzip vorsieht."

Das heißt: Entscheidend dafür, ob ein Finanzakteur die Steuer zahlen muss oder nicht, ist sein Unternehmenssitz - und nicht der Ort, wo die Transaktion stattfindet. Tätigt also etwa eine Tochtergesellschaft einer deutschen Bank in London entsprechende Geschäfte, fließt die Steuer in die deutschen Kassen. Selbst wenn die britischen Behörden nicht voll kooperierten, sei die Unsicherheit für die beteiligten Parteien sehr hoch. "Wenn Deutschland und Frankreich wirklich wollen, können sie die Transaktionssteuer erfolgreich durchsetzen", sagte Schulmeister, "auch ohne Großbritannien."

Profitierten dann Deutschland und Frankreich über entsprechende Steuereinnahmen von den Geschäften in London, sei vorstellbar, dass auch das Königreich einlenken werde. Angesichts des hohen Budgetdefizits von neun Prozent der Wirtschaftsleistung und einer drohenden Rezession könnte die Steuer für Premier Cameron eine willkommene Entlastung darstellen, so Schulmeister. "London wäre der größte Profiteur." Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos bezeichnete Cameron die deutschen Pläne am Donnerstag noch als "Wahnsinn".

Mehr zum Thema**Börsensteuer** Banken schmieden Ausweichpläne

(<http://www.ftd.de/unternehmen/finanzdienstleister/:boersensteuer-banken-schmieden-ausweichplaene/60154998.html>)

Streitpunkt Transaktionssteuer Allianz droht mit Verlagerung von Geschäft nach London

(<http://www.ftd.de/unternehmen/versicherungen/:streitpunkt-transaktionssteuer-allianz-droht-mit-verlagerung-von-geschaeft-nach-london/60155200.html>)

Kieler Erklärung Kanzlerin besteht auf Börsensteuer in Euro-Zone

(<http://www.ftd.de/politik/deutschland/:kieler-erklaerung-kanzlerin-besteht-auf-boersensteuer-in-euro-zone/60154617.html>)

Besteuerung von Aktiengeschäften Frankreich knickt ein bei Transaktionssteuer

(<http://www.ftd.de/politik/europa/:besteuerung-von-aktiengeschaeften-frankreich-knickt-ein-bei-transaktionssteuer/60158744.html>)

Aushängeschild

Wiener Schule Stephan Schulmeister ist Forscher am renommierten Wiener Forschungsinstitut (Wifo). Zudem ist er Gastdozent an der Wirtschaftsuniversität Wien und der Donau-Universität Krems. Darüber hinaus berät er die österreichische Regierung.

Spezialist Schulmeister beschäftigt sich in seiner Forschung ausführlich mit der Funktionsweise der Finanzbranche und gilt als einer der wichtigsten Experten im Bereich Spekulationsbesteuerung. Er hat zahlreiche Studien und Paper zum Thema Finanztransaktionsteuer veröffentlicht, auf die in der öffentlichen Debatte immer wieder Bezug genommen wird.

Aus der FTD vom 27.01.2012

© 2012 Financial Times Deutschland,
